

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 15

Artikel: Wiedervereinigung als Sicherheitskonzept
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094034>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wiedervereinigung als Sicherheitskonzept

Kaum ein Schriftstück eines deutschen Parlamentariers hat in der letzten Zeit so viel Aufsehen erregt wie das Thesenpapier des CDU-Bundestagsabgeordneten Bernhard Friedmann (Baden-Württemberg) zur deutschen Wiedervereinigung, das am 16. Mai dieses Jahres auf Wunsch des CDU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger angefertigt worden ist. Der Kreml, Honeckers SED, Henry Kissinger und der amerikanische Botschafter Burt haben von Friedmann direkt Exemplare des Thesenpapiers abholen lassen. Doch viel Beifall hat der Abgeordnete in der CDU-Spitze nicht geerntet. Bundeskanzler Kohl nannte die Koppelung der Wiedervereinigungsfrage mit den Genfer Abrüstungsverhandlungen «blöden Unsinn» und betonte, «es gibt für uns keinen dritten Weg in

Europa». Als «gefährliche Illusion» wird das Friedmann-Papier auch bei den Oberen von FDP und SPD behandelt. Trotzdem gibt es nicht nur bei der Union, sondern auch bei den Liberalen und den Sozialdemokraten viele Abgeordnete, die anderer Meinung sind; die neue Diskussion über die deutsche Frage geht nun quer durch den Bundestag.

Worum geht es eigentlich? Friedmanns Grundgedanke in seinem Thesenpapier lautet: «Der Zusammenhang zwischen Sicherheits- und Deutschlandpolitik muss erkannt, verdeutlicht und genutzt werden! Noch nie war die Chance so günstig, die Lösung unserer nationalen Frage im Interesse aller Beteiligten voranzutreiben. Als Sicherheitskonzept ist die Wiederver-

einigung die logische Fortsetzung des mit der Abrüstungsdiskussion in Gang gekommenen Bemühens um mehr Sicherheit. Es ist legitim, dass die Supermächte primär ihre Interessen sehen. Um so wichtiger ist es dann aber, dass wir unser deutsches Anliegen selbst, das heisst operativ, in die internationale Politik einführen.

Ein erster Schritt in diese Richtung könnte darin bestehen, dass die Bundesregierung den amerikanischen Präsidenten ersucht, die Wiedervereinigung der Deutschen als Sicherheitskonzept in die derzeitigen Abrüstungsverhandlungen in Genf einzubringen und darüber hinaus bei dem in Aussicht gestellten Gespräch mit Gorbatschow anzusprechen.»

Herr Friedmann, Sie sagen in Ihrem Thesenpapier, dass «die Verteidigungsfähigkeit des Westens auf der Abschreckungsstrategie beruht. Dabei kommt der atomaren Komponente entscheidende Bedeutung zu. Durch sie wird die Unterlegenheit des Westens auf dem konventionellen Sektor ausgeglichen». Wenn es zu einer Null-Lösung kommt, was geschieht dann, wenn amerikanische Truppen in Europa ohne atomaren Schutz bleiben?

Nach der jetzigen Konzeption bleiben die Atomwaffen zwischen 0 und 500 Kilometern Reichweite. Ich bin der Meinung, wenn andere

Atomwaffen grösserer Reichweite weg sind und noch solche übrigbleiben, die von Deutschland nach Deutschland reichen, dann müssen auch diese weg. Wer würde denn die Atomwaffen kürzester Reichweite (bis zu 500 Kilometer) im Rahmen der Abschreckung noch brauchen? Hier muss man unterscheiden: In wessen Augen ist das noch eine Abschreckung? In den Augen der Deutschen kann das keine Abschreckung sein, denn die Raketen würden von Pirmasens und Kaiserslautern bis Jena und Erfurt reichen... Wenn wir eine doppelte Null-Lösung haben, liegt es in der Logik der Entwicklung, auf Atomwaffen mit weniger als einer Reichweite von 500 Kilometern zu verzichten – im deutschen Interesse...

Und wenn die Amerikaner in Europa ganz ohne Atomschutz bleiben?

Die Amerikaner verweisen darauf, dass die abgestufte Abschreckung gelten würde; sie verweisen auf see- und luftgestützte Atomwaffen. Ich habe da meine Bedenken, weil die seegestützten Atomwaffen eine Art Letztschlag atomarer Art bedeuten würden. Aber es gibt noch andere Atomwaffen.

Meinen Sie nicht, dass der nächste Schritt die Verminderung der US-Truppen in der Bundesrepublik sein könnte?

Von Anfang an habe ich auch aus anderer Sicht darauf hingewiesen, dass die Amerikaner ein

riesiges Haushaltsdefizit haben. Sie kommen um das Sparen nicht herum, egal, wer Präsident wird. Sie werden an den Verteidigungshaushalt herangehen, weil er sehr hoch ist. Und sie werden mit Einsparungen im Ausland, zuerst in Europa, beginnen. Es wird immer wieder gesagt: Wir wollen unsere Soldaten in Europa um 100 000 Mann reduzieren. Das allein hat schon wirtschaftliche Gründe.

Sie meinen, dass dadurch die militärische Sicherheit in Europa vermindert wird?

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Amerikaner jetzt ein Stück Handlungsfreiheit zurückgewinnen wollen. Mit Sicherheit bleiben sie unsere Verbündeten. Sie werden auf unserer Seite stehen, daran zweifle ich nicht. Aber alles ist nicht mehr so automatisch, mit letzter Konsequenz, wie es bisher war. Amerika nützt gern die Chance, die Gorbatschows Vorschläge beinhalten. Immerhin haben die Amerikaner zwei Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg geführt, die sie in keiner freundlichen Erinnerung haben.

Sie sind der Meinung, dass die amerikanischen Interessen nicht mehr so eng mit den deutschen verbunden sind?

US-Präsident Reagan möchte in die Geschichte als der Friedenspräsident eingehen. Das ist klar erkennbar. Und seine Amtszeit geht dem Ende zu. Er möchte also ein entsprechendes Abkommen haben. Gorbatschow braucht auch praktische Erfolge gegenüber seinen Militärs. Insofern haben die beiden Regierungschefs der Supermächte gleichgelagerte Interessen. Und die Interessen der Grossmächte gehen dabei ein Stück weiter über das deutsche Interesse hinaus.

Sie sagen in Ihrem Positionspapier, Bonn müsse in der Frage der Wiedervereinigung aktiv sein.

Zunächst einmal sollten wir uns nicht aufs Spekulieren verlassen, ob Gorbatschow mit einem Vorschlag zur Wiedervereinigung kommt. Denn, wie das aus seiner Sicht aussehen würde, das kann man sich vorstellen. Auf jeden Fall nicht so, dass es für uns unproblematisch wäre. Und deshalb müssen wir eigene Vorstellungen entwickeln. Klar muss sein, dass wir einver-

nehmlich mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges solche Schritte unternehmen würden, nicht im Alleingang. Das muss offen miteinander besprochen werden, wie man bei einer solchen Entwicklung die deutsche Frage regeln kann.

In Sonntagsreden setzen sich führende westliche Politiker für die Lösung der deutschen Frage ein, aber in der Praxis . . . ?

Ich habe in Diskussionen die Erfahrung gemacht, dass die, die am lautesten von der Wiedervereinigung reden, sie überhaupt nicht wollen. Mit dem Status quo sind sie für die nächste Zukunft zufrieden. Viele Bedenken könnte man zerstreuen, wenn man darauf hinweist, dass die Bundesrepublik Mitglied der EG ist und die DDR Trittbrettfahrer, damit geniesst Ost-Berlin die Vorteile der EG. Es wäre für Sowjetrussland gar kein grosses Zugeständnis, sagen zu können, die DDR würde als Teil des wiedervereinigten Deutschlands Mitglied der EG sein.

Der Kanzler besteht auf einer gesamteuropäischen Lösung?

So, wie es bisher gesagt wurde, ist die Wiedervereinigung im Rahmen eines vereinten Europas eine Frage des Hinausschiebens auf unbestimmte Zeit. Ich muss auch ehrlich sagen, ich möchte nicht, dass eines Tages in Portugal oder Island oder Irland die Entscheidung darüber fällt, ob die Deutschen wiedervereinigt sein dürfen oder nicht. Wenn es zu einer Europäischen Union kommt, dann muss es das Europa der Vaterländer sein. Und dann muss das Vaterland der Deutschen vorher entstehen, nicht erst hinterher.

Die Sowjets könnten möglicherweise mit der Wiedervereinigung Deutschlands einverstanden sein, wenn Gesamtdeutschland politisch und militärisch neutral wäre. Die wirtschaftlichen Verbindungen würden dann nicht eine so grosse Rolle spielen . . .

Die Interessenlage der UdSSR muss sicherlich genau analysiert werden. Die Sowjetunion stellt mit höchster Wahrscheinlichkeit ihre Sicherheitsüberlegungen an die vorderste Stelle. Dann kommt aus der Sowjetunion sicherlich auch der ideologische Gesichtspunkt. Die Sowjets sehen in ihrer Staatsform ein höheres Ge-

bilde als im Kapitalismus. Aber der Osten hat ja auch seine wirtschaftlichen Probleme. Da muss ein Punkt sein, wo man miteinander reden kann . . .

Man sagt, solange es im Ostblock Diktaturen gebe, solange könne man nicht an die Wiedervereinigung denken. Ich halte dem entgegen: Wenn wir warten wollen, bis sich der Ostblock in lauter wohlgefällige Demokratien auflöst, werden wir vergeblich auf die Wiedervereinigung warten. Wir müssen der Weltöffentlichkeit und dem Ostblock klarmachen: die Deutschen und nur die Deutschen sind geteilt.

Fortsetzung auf Seite 12



Ihr Teppich- und Bodenbelagsgeschäft

W. Geelhaar AG Bern
Thunstrasse 7
am Helvetiaplatz
Tramlinien 3 + 5

Telefon 031 43 11 44

Auch für Reparaturen und
Reinigungen von Orient-,
Handweb- und Berber-
teppichen sind wir Ihr
Vertrauenshaus.

City Bank-Anlageplus

CITY BANK
- die Bank mit dem Anlageplus
Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

4 1/4% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!
Mehr Zins - garantierter Zins und Sicherheit **Bis 31. Dez. 1987**

Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
 Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
 Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am ehesten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

Name _____ Vorname _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

Interview

Schluss von Seite 11

Die Sowjets können ja Osteuropa schon jetzt nicht mehr gleichschalten, weil die Satellitenländer heute aus politischen und wirtschaftlichen Zwängen heraus nicht mehr so ähnlich sind wie vor 20 Jahren. Aber die DDR ist mit ihrer Wirtschaftskraft für die sowjetische Planerfüllung unentbehrlich...

Ein wiedervereinigtes Deutschland könnte der Sowjetunion mehr helfen als jetzt der DDR. Der amerikanische Präsident war ja kürzlich in Berlin, und da fielen die denkwürdigen Sätze: «Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses (Brandenburger) Tor, reißen Sie die Mauer nieder...» Das war ja mehr als eine Floskel. Wenn der mächtigste Mann des Westens dies sagt, heisst das in meinen Augen: Beenden Sie die Teilung... das heisst ein Aufruf zur Wiedervereinigung. Und hier muss unsere Bundesregierung ausloten, was das politisch trägt.

Seit vier Jahren findet eine schnelle Annäherung zwischen der DDR und Bonn statt, eine stürmische Entwicklung unter der Regierung Kohl, die überrascht...

Es ist richtig, wie der Bundeskanzler sagt, wir wollen heute so viel menschliche Erleichterungen wie möglich den Landsleuten drüben beschaffen. Dahinter steckt sogar ein Stück Vision.

Er geht nämlich davon aus, dass dann die Spaltung weniger werden und irgendwann ein Klima für die Wiedervereinigung entstehen könnte. Ich bin schon der Meinung, dass die Politik der menschlichen Erleichterungen richtig ist. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Aber es besteht die Gefahr, dass man sich zu sehr mit dem Zustand der Teilung zufriedengibt. Mir war klar, als Präsident Reagan während seines Berlin-Besuchs über die deutsche Teilung sprach, tat er dies so, als wären die Türen in Richtung Osten nicht zugeschlagen. Und man sieht auch an den Reaktionen des Ostens, dass er gesprächsbereit bleibt.

Sie schreiben in Ihrem Thesenpapier, im Falle der Wiedervereinigung sollten geheime Wahlen abgehalten werden. Wie sollte denn das künftige politische System Deutschlands aussehen?

Wir könnten gemeinsame Einrichtungen schaffen, um Massnahmen zu beraten, vielleicht sogar zu verabschieden, was wir heute ja sowieso schon tun. Ein Umweltabkommen, ein Kulturabkommen abschliessen, über Grenzfragen reden. Das sind doch Dinge, die man institutionalisieren kann. Das wäre erst der Anfang. Dann, könnte ich mir vorstellen, machen wir eine Konföderation, das heisst, es bleibt drüben eine Regierung, so wie es heute auch ist, aber eingebunden in eine Zielsetzung. Die Konföderation müsste hinterher in einen Staatenbund und dann in einen Bundesstaat führen als allmähliche Annäherung.

Wie stellen Sie sich den ausserpolitischen Status von Gesamtdeutschland vor?

In meinem Konzept ist gesagt, dieses wiedervereinigte Deutschland hätte dann, wenn es zustande gekommen ist, seinen Platz an der Seite des Westens zu haben.

Interview: Joseph Pozsgai

Bestellschein für ZEITBILD

Ich bestelle ein Jahresabonnement ZeitBild zu Fr. 48.—
(Ausland sFr. 53.—/DM 64.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte einsenden an ZeitBild, Postfach, CH-3000 Bern 6

15/87

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration —
Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 912 713 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616-5, Banken:
Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber
und Verlag**

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise Inland

Jahresabonnement Fr. 48.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28.—
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 53.—/DM 64.—/
Luftpost sFr. 58.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 33.—/DM 40.—
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 63.—

Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Prof. Dr. Laszlo Revesz, Dr. Max Keller,
Ian Tickle, Saulo Herrero, Georg Bruderer,
Jürg L. Steinacher, Jacques Baumgartner,
Michael Bader, Dr. Jerzy Bahr

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 11

Druck und Versand

Hallwag AG Bern,
Nordring 4, 3001 Bern

Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information
über internationale Entwicklungen

Weitere SOI-Informationsträger

Etudes politiques (Monatszeitung)
SOI-Bilanz
(monatl. Kurzanalyse
der internationalen Lage)
Swiss Press Review and News Report
(Artikel für die Presse Asien und Afrika)
Revue de la Presse Suisse — Informations —
Commentaires (Artikel für die Presse
Afrika)
Revista de la Prensa Suiza y Noticiario
(Artikel für die Presse Lateinamerika)
Nashrat as-Sahafa as-Swisseria
(Artikel für die arabische Presse)
Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI
Vortragsdienst
Buchhandlung SOI
Verlag SOI (Taschenbuchreihe TM;
Tatsachen und Meinungen)